

Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung der am 1. März 2009 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **11. Dezember 2013**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Beschlussfassung der Niederschriften vom 25.09.2013 und 23.10.2013
3. Berichte des Bürgermeisters
4. Bericht Überprüfungsausschuss
5. Jahresvoranschlag 2014
6. Jahresvoranschlag 2014 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
7. Haushaltsbeschluss 2014
8. Stellenplan 2014
 - a) Stadtgemeinde
 - b) Seniorenwohnhäuser
 - c) Krankenhaus
9. Mittelfristiger Finanzplan
 - a) Stadtgemeinde
 - b) Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG
10. Verlängerung Kontokorrentkredit Salzburger Sparkasse
11. Änderung Räumliches Entwicklungskonzept im Bereich „Friedhof“
12. Teilabänderung Flächenwidmungsplan für den Bereich „Oberndorf-Mitte“ samt Änderung und Erweiterung Bebauungsplan „Oberndorf-Mitte“
13. Aufhebung Bebauungsplan „Kreuzerleiten“
14. Behördliche Bausperre für den Bereich „Noppinger Braugasthof“
15. Neubau HAK/HAS/PTS - Endabrechnung
16. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz
17. Aufträge, Anschaffungen
18. Subventionen
19. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
1. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Marion Reitsamer
GV Josef Auzinger - erscheint um 19.05 Uhr
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Bärbel Stahl
GV Ing. Florian Moser
2. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
GV Gerhard Rosenstatter
GV Anna Schick
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer, BEd
GV Dietmar Prem
GV Dipl.-Ing. Hans Weiner
Stadträtin Maria Petzlberger

GV Markus Strobl
GV Anneliese Höller

Entschuldigt abwesend:

GV Michael Hillebrand, MAS
GV Peter Illinger
GV Markus Doppler
GV Josef Hagmüller

Weiters anwesend:

Doris Moßhammer, Leiterin Finanzverwaltung
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 19 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass Aufgrund der Anwesenheit von 20 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Bürgerfragestunde:

Herr Thür hält fest, er habe zu TOP 11, Änderung REK bzgl. Friedhofsflächen, eine Anfrage an die Stadtgemeinde gestellt und die Antwort erhalten, dass dies im Einklang mit dem ROG steht und entsprechend abgestimmt wurde. Er könne sich jedoch nicht vorstellen, wie ein Bedarf von 3.200 Friedhofsplätzen für die nächsten 40 Jahre hier unterzubringen ist.

Bürgermeister: Die Berechnungen wurden von Amts wegen erstellt. Die Durchrechnung hat klar ergeben, dass wir mit der jetzigen Fläche 50 Jahre das Auslangen finden werden. Überdies wird es zukünftig vermehrt Urnenbestattung geben. Darüber hinaus haben wir noch eine weitere Vorbehaltsfläche, womit wir insgesamt rund 100 Jahre ausreichen. Bis dahin wird sich auch in der Bestattungskultur einiges ändern. Zudem haben wir viele Grabauffassungen zu verzeichnen. Der Bevölkerungszuwachs findet natürlich Berücksichtigung.

Herr Thür erkundigt sich, wie weit die Angelegenheit „Kauf Liegenschaft Riedl“ fortgeschritten sei.

Bürgermeister: Der Kauf wurde über einen Treuhänder abgewickelt. Ihre Unterstellungen auf Ihrer Internet-Plattform habe ich meinem Rechtsanwalt mitgeteilt, denn sie entbehren jeder Tatsache.

Herr Thür stellt fest, dass es kein Vorwurf gegen den Bürgermeister war, doch die Angelegenheit würde keine gute Optik für die Stadtgemeinde abgeben. Möglicherweise entsteht Schaden für die Republik Österreich, der nicht verhindert werden kann.

Bürgermeister: Wir haben die Information, dass die eingetragenen Finanzschulden getilgt wurden. Die Stadtgemeinde hat hier auch kein Finanzverfahren abzuwickeln sondern einen

Liegenschafts Kauf, und der ist in Ordnung. Wenn jemand gegenüber der Republik Österreich eine Steuerschuld hat, ist das nicht Causa der Stadtgemeinde. Sollte auf diesem Grundstück eine Belastung sein, von der wir nicht wissen, wäre der Kaufvertrag hinfällig, denn das Grundstück muss lastenfrei veräußert werden.

Herr Thür bemerkt, es würde noch andere Forderungen an den betreffenden Herrn geben.

- 19.05 Uhr - es erscheint GV Auzinger, somit sind 21 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.

Bürgermeister: Der Rechtsanwalt, der die Angelegenheit treuhänderisch abwickelt, bestätigt der Gemeindevertretung, die den Kauf beschlossen hat, und mir als Bürgermeister, dass alles in Ordnung sei.

2. Beschlussfassung der Niederschriften vom 25.09.2013 und 23.10.2013

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Protokolle der Gemeindevertretungssitzungen vom 25. September 2013 und 23. Oktober 2013 zum Beschluss zu fassen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

3. Berichte des Bürgermeisters

Die Pfadfindergruppe „Edelweißhorst“ lädt die Gemeindevertretung zur Teilnahme an der Weihnachtsfeier am 21. Dezember um 17.00 Uhr in der Wallfahrtskirche Maria Bühel ein. Am 24. Dezember findet wie immer um 13.30 Uhr die Überreichung des Friedenslichtes am Europasteg statt.

4. Bericht Überprüfungsausschuss

Ausschuss-Obmann Hagmüller ist entschuldigt. Seine Stellvertreterin wird um kurze Zusammenfassung des Ergebnisses aus der Überprüfungsausschuss-Sitzung ersucht.

Stadträtin Petzlberger hält fest, dass in der am 5. Dezember 2013 stattgefundenen Überprüfungsausschuss-Sitzung den Mitgliedern die Endabrechnung des Schulneubaues HAK/HAS/PTS detailliert vorgestellt und erläutert wurde. Der Kassenstand von Stadtgemeinde, VWG Seniorenwohnhäuser und Immobilien KG wurde überprüft und seine Richtigkeit bestätigt. Kassen- und tatsächlicher Geldbestand stimmen überein.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

5. Jahresvoranschlag 2014

Die Unterlagen erhielten die Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung sowie zusammen mit dem Amtsbericht eine Zusammenstellung des Jahresvoranschlages 2014. Folgende Folien werden von Bürgermeister Schröder präsentiert und erläutert:

	Voranschlag 2013	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Ordentlicher Haushalt			
Gemeinde (ohne Betrieb KH, VWG)	14.803.800,00	14.585.700,00	15.086.434,76
Betrieb Seniorenwohnhäuser	10.530.500,00	9.552.600,00	9.205.833,35
Summe	25.334.300,00	24.138.300,00	24.292.268,11
Außerordentlicher Haushalt	2.205.700,00	1.779.500,00	16.594.430,16
Zwischensumme	27.540.000,00	25.917.800,00	40.886.698,27
abz. Doppelzählungen	6.153.900,00	5.630.600,00	5.070.483,32
Gesamtsumme Netto	21.386.100,00	20.287.200,00	35.816.214,95

Gliederung nach Gruppen

Einnahmen ordentlicher Haushalt

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	760.600,00	709.200,00	799.886,17
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	23.500,00	27.300,00	120.944,72
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.040.200,00	3.107.100,00	2.421.010,58
3	Kunst, Kultur und Kultus	235.000,00	244.800,00	23.213,46
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	700,00	700,00	6.186,34
5	Gesundheit	97.600,00	89.500,00	88.052,27
6	Straßen- und Wasserbau Verkehr	667.700,00	757.700,00	721.569,91
7	Wirtschaftsförderung	100,00	100,00	193,36
8	Dienstleistungen	3.281.000,00	3.116.600,00	4.492.997,36
9	Finanzwirtschaft	6.697.400,00	6.532.700,00	6.412.380,59
	Summe	14.803.800,00	14.585.700,00	15.086.434,76
	Untervoranschläge			
	Seniorenwohnhäuser	10.530.500,00	9.552.600,00	9.205.833,35
	Gesamtsumme	25.334.300,00	24.138.300,00	24.292.268,11

Ordentlicher Haushalt

Beiträge an Gemeindeverbände und Gesellschaften extern

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
1/0310	Regionalverband Raumordnung	4.800,00	5.700,00	7.118,21
1/0310	Regionalverband Regionalprogramm	7.200,00	7.200,00	3.460,46
1/0310	Regionalverband Leader	6.800,00	5.700,00	6.724,80
1/0310	Regionalverband Streetwork	15.300,00		
1/0610	Regionalverband Subventionen	4.100,00	2.700,00	2.595,18
1/5520	Krankenhaus GOK RTA	159.400,00	157.800,00	150.719,00
1/5520	Krankenhaus Selbstträgerschaft	92.000,00	92.000,00	92.000,03
1/6160	Europastegerrichtungsgesellschaft	59.100,00	59.200,00	52.889,14
1/6990	Regionalverband Nachtzug	2.200,00	2.200,00	2.137,85
1/6990	Regionalverband Verkehr		300,00	
1/8130	Regionalverband Umwelt	14.800,00	14.300,00	16.789,23
1/8130	Abfallentsorgungshof	125.200,00	108.800,00	117.900,38
1/8510	Reinhalteverband	1.123.900,00	1.178.700,00	987.901,08
	Summe	1.614.800,00	1.634.600,00	1.440.235,36

Beiträge an Immobilien KG

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
1/2110	Volksschule Nahwärme	1.000,00	1.700,00	17.894,77
1/2120	Hauptschule Miete/Instandhaltungen	15.200,00	36.900,00	138.746,59
1/2130	SPZ Nahwärme	300,00	600,00	6.645,36
1/2140	PTS Miete/Instandhaltungen	15.600,00	27.100,00	47.104,59
1/2150	BORG Miete/Instandhaltungen	5.500,00	5.100,00	1.593,35
1/2210	HAK/HAS Miete/Instandhaltungen	30.900,00	39.600,00	18.333,60
1/2630	Stadthalle Nahwärme	600,00	1.100,00	11.765,35
1/6170	Bauhof Miete/Instandhaltungen	1.600,00	3.800,00	26.648,05
1/8490	Sonst.Liegenschaften Miete/Instandh.	1.600,00	2.400,00	314,93
	Summe	72.300,00	118.300,00	269.046,59

Beiträge an Gemeindeverbände und Betriebe intern

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
1/0221	Standesamt	13.500,00	12.200,00	14.170,46
1/0251	Staatsbürgerschaft	7.400,00	5.600,00	6.687,58
1/5101	Gesundheitssprengel	9.000,00	5.400,00	5.105,25
1/8594	Seniorenwohnhäuser	221.500,00	146.300,00	158.220,70
	Summe	251.400,00	169.500,00	184.183,99

Personalkosten

	Verwaltungszweig	Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
1/0000	Mandatare DG Beitrag	3.000,00	3.000,00	2.668,91
1/0100	Zentralamt	234.900,00	233.700,00	211.503,56
1/0110	Personalamt	95.700,00	92.300,00	104.655,78
1/0230	Einwohneramt	70.500,00	65.800,00	58.402,53
1/0240	Wahlangelegenheiten	22.300,00	14.600,00	99,69
1/0300	Bauamt	218.100,00	214.300,00	203.494,69
1/9000	Finanzverwaltung	219.800,00	213.300,00	203.559,68
	Summe	861.300,00	834.000,00	781.715,93
1/0220	Standesamt	46.100,00	41.500,00	39.756,76
1/0250	Staatsbürgerschaft	30.700,00	26.900,00	26.228,12
	Summe	76.800,00	68.400,00	65.984,88
1/0160	EDV	101.500,00	105.800,00	83.927,84
1/2110	Volksschule	100.100,00	139.000,00	128.064,51
1/2120	Hauptschule	13.800,00	5.100,00	4.000,08
1/2130	Sonderschule	68.600,00	79.600,00	78.690,27
1/2140	Polytechnische Schule	26.000,00	25.500,00	23.609,04
	Summe	208.500,00	249.200,00	234.363,90
1/2401	Kindergarten 1	390.400,00	381.900,00	364.502,98
1/2402	Kindergarten 2	307.300,00	304.400,00	286.731,75
1/2403	Kindergarten 3	141.800,00	208.100,00	147.665,67
1/2405	Krabbelstube	92.800,00	93.900,00	97.786,81
1/2409	Kinderg.-Sprachförderung	7.400,00	7.400,00	6.056,49
	Summe	939.700,00	995.700,00	902.743,70
1/2730	Bücherei	43.300,00	41.600,00	40.079,78
1/5100	Gesundheitssprengel	8.000,00	7.500,00	6.863,44
1/5290	Umweltschutz	81.500,00	79.900,00	76.427,70
1/6170	Bauhof	645.300,00	653.500,00	607.277,56
1/8131	Abfallentsorgungshof	43.000,00	42.200,00	39.936,44
1/8462	Musikum	12.500,00	11.700,00	11.340,54
	Summe	3.024.400,00	3.092.500,00	2.853.330,62
	Untervoranschläge			
1/8594	Verw.Gemeinschaft	3.900.400,00	3.561.500,00	3.262.693,81
	Gesamtsumme	6.924.800,00	6.654.000,00	6.116.024,43

Ordentlicher Haushalt

Gemeindeeigene Steuern

Steuerart	Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Grundsteuer A	2.700,00	2.700,00	2.650,00
Grundsteuer B	299.000,00	290.000,00	298.244,00
Kommunalsteuer	1.075.000,00	1.055.000,00	1.083.370,00
Fremdenverkehrsabgabe	1.500,00	1.300,00	1.739,00
Vergnügungssteuer	3.000,00	1.000,00	7.908,00
Hundesteuer	11.400,00	10.000,00	10.019,00
Zwischensumme	1.392.600,00	1.360.000,00	1.403.930,00
Ertragsanteile	4.773.200,00	4.648.900,00	4.561.075,00
Selbstträgerschaft	114.400,00	114.500,00	114.484,00
Schlüsselzuweisung	222.700,00	145.300,00	88.985,00
Gesamtsumme	5.110.300,00	4.908.700,00	4.764.544,00

Gebühren und Beiträge

Gebührenart	Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Verwaltungsabgaben allgem.	15.000,00	10.000,00	14.454,00
Kommissionsgebühren	1.300,00	1.200,00	1.194,00
Kindergartenbeiträge 1	74.800,00	62.100,00	59.772,71
Kindergartenbeiträge 2	99.800,00	106.700,00	111.904,38
Kindergartenbeiträge 3	54.500,00	51.700,00	53.111,08
Krabbelstube	20.500,00	26.000,00	31.353,31
Heimatmuseum	4.500,00	4.600,00	4.578,05
Müllabfuhrgebühren	593.700,00	592.900,00	585.130,06
Friedhofgebühren	36.000,00	36.000,00	40.239,59
Marktgebühren	13.000,00	12.000,00	9.912,00
Wasseranschlußgebühren	234.700,00	118.000,00	79.822,30
Wasserzins	390.500,00	379.500,00	376.856,22
Kanalanschlußgebühren	301.600,00	165.700,00	1.387.225,38
Kanalgebühren	1.088.000,00	1.080.000,00	1.050.966,11
Summe	2.927.900,00	2.646.400,00	3.806.519,19

Ertragsanteile

		JR 2010	JR 2011	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Bedarfsausgleich	2/925/8590	294.979,12	324.893,89	335.289,00	354.900,00	375.600,00
Bevölkerungsschlüssel	2/925/8592	3.311.020,79	3.762.116,49	3.929.138,00	4.040.000,00	4.148.300,00
Getränkesteuerausgleich	2/925/8593	219.200,92	222.588,96	253.440,00	209.200,00	203.800,00
Werbesteuerausgleich	2/925/8594	25.128,39	26.310,59	25.173,00	25.800,00	25.700,00
Finanzzuweisung	2/925/8595	16.422,84	16.816,52	18.035,00	19.000,00	19.800,00
Selbstträgerschaft	2/925/8596	22.484,31	22.484,31	22.484,00	22.500,00	22.400,00
Summe		3.889.236,37	4.375.210,76	4.583.559,00	4.671.400,00	4.795.600,00
Differenz						124.200,00
Differenz %						2,66
Schlüsselzuweisung	2/947/8610	108.844,77	6.023,97	88.985,00	145.300,00	222.700,00
Summe ETA u. Struktur		3.998.081,14	4.484.055,53	4.589.582,97	4.816.700,00	5.018.300,00
Differenz						201.600,00
Differenz %						4,19

Schuldenstand VA 2014

	Kategorie 1	Kategorie 2	Kategorie 3	Summe
Anfangsstand 31.12.2013	10.025.984,00	1.987.316,00	9.182.300,00	21.195.600,00
Zugang				-
Abgang	587.400,00	143.900,00	896.300,00	1.627.600,00
Endstand	9.438.584,00	1.843.416,00	8.286.000,00	19.568.000,00
Endstand Kat. 1 u. 2		11.282.000,00		

Erläuterungen:

In der Schuldenkategorie 1 sind die Darlehen Errichtung und Einrichtung Neubau PTS inklusive Anteil der Sprengelgemeinden enthalten.

In der Schuldenkategorie 3 ist das Darlehen des Bundes für den Neubau HAK/HAS verbucht. Die Annuitäten werden als laufender Transfer des Bundes in der laufenden Gebarung verbucht. Ebenso der Anteil der Sprengelgemeinden an den Annuitätzahlungen für die PTS.

Annuitätendienst	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Tilgung	554.553,94	1.636.200,00	1.627.600,00
Zinsen	216.879,74	234.900,00	167.600,00
Ersatz Bund		1.014.400,00	952.100,00
Ersatz Sprengelgem. PTS		88.200,00	69.900,00
Summe	771.433,68	768.500,00	773.200,00

Haftungen	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Anfangsstand	15.265.387,00	14.666.100,00	13.841.800,00
Zugang	5.638,07		
Abgang	600.051,41	820.400,00	829.800,00
Endstand	14.670.973,66	13.845.700,00	13.012.000,00

Dauerschuld/Leasing	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Jahrestreffnis	504.633,73	498.500,00	498.100,00

Rückstellungen	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Anfangsstand	822.306,79	705.388,41	567.668,90
Zugang	340.255,48	241.500,00	203.500,00
Abgang	484.661,48	373.100,00	183.200,00
Endstand	677.900,79	573.788,41	587.968,90

Rücklagen	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Anfangsstand	516.505,94	2.093.758,60	2.021.854,42
Zugang	2.410.457,29	40.300,00	300,00
Abgang	127.510,31	200.000,00	446.400,00
Endstand	2.799.452,92	1.934.058,60	1.575.754,42

Wertpapiere/Beteiligung	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Anfangsstand	141.939,15	191.955,52	240.143,02
Zugang	50.622,00	53.000,00	55.000,00
Abgang	2.696,13		
Endstand	189.865,02	244.955,52	295.143,02

Gegebene Darlehen	JR 2012	VA 2013	VA 2014
Anfangsstand	8.352.840,53	15.267,57	14.750,36
Zugang	3.591.659,48		
Abgang	11.929.232,44	500,00	500,00
Endstand	15.267,57	14.767,57	14.250,36

Zuführungen zum Außerordentlichen Haushalt

Bezeichnung	Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Neubau Stadtamt	153.100,00		
Freiwillige Feuerwehr	101.500,00		
Hauptschule	88.000,00		
Kindergarten I		30.100,00	-
Kindergarten II	9.000,00	30.600,00	-
Kindergarten III			149.755,88
Straßenbau allgemein	105.800,00	109.000,00	-
Museumsbezirk	200.000,00	200.000,00	
Sanierung Schulweg		67.800,00	-
Fußgängerübergänge			6.417,22
Wasserversorgung Sanierung Schulweg		40.000,00	-
Gesamtsumme	657.400,00	477.500,00	156.173,10

Rückführungen zum Ordentlichen Haushalt

Bezeichnung	Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Gesamtsumme	-	-	-
Differenz (Zuführungen netto)	657.400,00	477.500,00	156.173,10

Zusammenstellung

Bezeichnung	Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Investitionen OH Netto	438.700,00	450.600,00	292.118,68
Nettozuführungen zum AO Haushalt	657.400,00	477.500,00	156.173,10
Summe	1.096.100,00	928.100,00	448.291,78

Ordentlicher Haushalt

Investitionen (Postengruppe 0) und sonstige investive Massnahmen

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
Investitionen				
1/0100	Gemeindeamt	5.600,00	12.000,00	1.593,66
1/0160	EDV	21.000,00	17.500,00	1.775,29
1/0220	Standesamt	600,00	3.300,00	698,88
1/0250	Staatsbürgerschaft	400,00	2.200,00	378,72
1/1630	Feuerwehr	16.000,00	15.000,00	14.736,27
1/2110	Volksschule	7.400,00		9.191,82
1/2120	Hauptschule	18.400,00	14.000,00	19.519,38
1/2130	Sonderschule		2.000,00	2.605,20
1/2140	Polytechnische Schule	3.000,00	1.500,00	
1/2401	Kindergarten 1	11.000,00	23.800,00	6.741,65
1/2402	Kindergarten 2		2.400,00	1.863,02
1/2403	Kindergarten 3	1.200,00	3.300,00	
1/2620	Skateplatz/Spielplatz	7.200,00	20.000,00	4.211,18
1/2630	Stadthalle	10.500,00		
1/3620	Denkmalpflege	40.800,00	42.000,00	
1/3630	Altstadterhaltung, Ortsbild		-	
1/6120	Straßen			
1/6170	Bauhof	27.400,00	4.900,00	14.794,14
1/6400	Straßenverkehrsordnung			2.460,00
1/8130	Abfallbeseitigung			
1/8151	Kinderspielplätze	65.300,00	8.000,00	4.587,60
1/8170	Friedhof		-	566,34
1/8463	Gemeindeeigene Wohnungen			
1/8500	Wasserversorgung	2.000,00	1.000,00	2.677,55
1/8594	VWG Seniorenwohnhäuser	33.400,00	30.000,00	65.096,24
1/9130	Wertpapier	55.000,00	53.000,00	47.925,87
Summe		326.200,00	255.900,00	201.422,81
Sonstige investive Massnahmen				
1/1630	Feuerwehr		39.800,00	
1/2110	Volksschule		8.400,00	8.571,70
1/2130	SPZ Gebäude	7.200,00	80.100,00	
1/2120	Hauptschule		28.900,00	
1/2140	Polytechnikum		13.400,00	
1/2401	Kindergarten 1	10.300,00		
1/3620	Denkmalpflege	19.900,00		2.996,00
1/3630	Ortsgebiet/Baumschnitt		19.200,00	21.096,59
	Kirchplatz Bänke			
1/6120	Straßen			30.493,19
1/6170	Bauhof		2.400,00	
1/8150	Parkanlagen/Baumschnitt	19.900,00	2.500,00	2.712,06
1/8151	Kinderspielplätze/Zaun	21.600,00		7.404,10
1/8160	Straßenbeleuchtung	33.600,00		14.815,43
1/8170	Friedhof Kapitell			2.606,80
Summe		112.500,00	194.700,00	90.695,87
Gesamtsumme		438.700,00	450.600,00	292.118,68

Ausserordentlicher Haushalt

Vorhaben

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
0290	Neubau Gemeindeamt	264.000,00		
1630	FFW RLFA 2000	246.400,00		
1631	FFW Sanierung Gebäude	172.000,00		
2120	Hauptschule	172.400,00		
2150	BORG	150.000,00	294.000,00	
2401	Kindergarten I		72.200,00	
2402	Kindergarten II	21.500,00	73.500,00	
2403	Kindergarten III			348.849,40
3691	Stille-Nacht Museumsbezirk	1.000.000,00	1.000.000,00	
6120	Straßenbau allgemein	29.400,00	184.800,00	
6120	Straßenbau allgemein/Schulweg		115.000,00	-
612041	Sanierung Schopperweg	20.400,00		
612042	Sanierung F.X. Gruber Straße	129.600,00		
6400	Sicherung Fußgängerübergänge			10.917,22
8500	Wasserleitung Schulweg		40.000,00	
	Summe	2.205.700,00	1.779.500,00	359.766,62

Ordentlicher Haushalt

Sonstige Maßnahmen

		Voranschlag 2014	Voranschlag 2013	Ergebnis 2012
1/0310	Flächenwidmungsplan	30.000,00	40.000,00	11.748,35
1/2590	Ferienaktionen	30.000,00	33.000,00	28.725,71
1/3690	Festveranstaltungen	9.800,00	9.000,00	8.326,17
1/3690	Kulturelle Veranstaltungen	20.000,00	13.000,00	8.478,04
1/3690	Advent u. Stille Nacht Feier	17.000,00	15.000,00	33.994,27
1/4290	Altenbetreuung	11.400,00	11.500,00	11.069,49
1/6120	Straßeninstandhaltung	41.700,00	62.600,00	39.472,05
1/6400	Straßenmarkierungen	8.800,00	10.800,00	9.864,02
1/8140	Winterdienst	15.000,00	12.000,00	18.254,71
1/8160	Straßenbeleuchtung Instandh.	33.600,00	36.000,00	32.342,03
1/8500	Wasserleitungsinstandhaltung	18.000,00	38.100,00	8.366,85
1/9200	Ausgaben aus Hundesteuer	3.000,00	3.300,00	2.808,68
1/9700	Verstärkungsmittel	33.000,00	35.100,00	-
	Summe	271.300,00	319.400,00	213.450,37

Bürgermeister Schröder:

Wir haben im Außerordentlichen Haushalt Vorhaben wie die Göminger Landesstraße, wo ich schon lange Zeit versuche zu erreichen, dass sie asphaltiert wird, doch das Land hat leider kein Geld. Wir haben einen kostenpflichtigen Anteil aufzubringen. Weiters den Schopperweg und die F. X. Gruber-Straße, dann ist beabsichtigt, den Architektenwettbewerb für das Rathaus durchzuführen, Malerarbeiten im Kindergarten 2, die Dachsanierung der Hauptschule, das Rüstlöschfahrzeug der FFO ist aus den Rücklagen zu begleichen, Gebäudesanierungen (z. B. Feuerwehr) sowie Sanierung des alten Pfarrhofes im Stille-Nacht-Bezirk. Der Bund beabsichtigt, in Oberndorf ein BORG zu bauen. Hier wird der Architektenwettbewerb umgesetzt.

Zur Entwicklung der Bundesertragsanteile und der Strukturhilfe: Bei den Bundesertragsanteilen haben wir eine Steigerung von 2,66 %. Nach den Ansätzen des Landes sind es allerdings nur 1,36 %. Wir haben vorsichtshalber im Vorjahr weniger angenommen und es hat sich bewahrheitet. So sind die 1,36 % die effektive Zahl. Erfreulich ist, dass wir von der Strukturhilfe mehr bekommen, insgesamt ging die Entwicklung auf 4,9 %. Dem gegenüber stehen die Transferleistungen an das Land Salzburg. Wir haben wieder eine Mehrforderung von 2,37 %, das sind € 1.300.000,--. Wenn man dieser Zahl die Bundesertragsanteile gegenüberstellt, so ist das um 1 % mehr als wir an Bundesertragsanteilen bekommen. Wenn dies so weitergeht, sind natürlich gewisse Vorhaben in der Zukunft immer schwieriger umzusetzen.

Zum Verhältnis der Investitionen: Für die Schulen geben wir 15 % aus (z. B. f. Einrichtung, Außenflächen, Fassadensanierung SPZ, interaktive Tafeln Volksschule u. Hauptschule etc.). Wir sind immer bemüht, Schulen und Kindergärten auf dem neuesten Stand zu halten (Sanierungsmaßnahmen allgemein, Neueinrichtung Gruppenraum im Kindergarten 1, diverse Bedarfsgegenstände f. Kindergarten 2 und 3). Spielplätze: Hier sind beinhaltet der „Bewegte Schulweg“ und Instandhaltungsmaßnahmen (jährliche Überprüfung durch den TÜV). Kinder- und Jugendförderung: Hier sind Aktionen wie Sports4fun, Ferienaktionen, S-Pass, Streetwork, Ferienbetreuung im JUZ sowie Eltern-Kind-Zentrum beinhaltet. Sportförderungen: Dazu gehören die Sanierung des Sportplatzes und Subventionen. Die für Vereine und Jugendarbeit sowie Kindergärten und Schulen aufgewendete Summe beträgt € 534.000,-- (45,46 %). Ortsbild: Hier geben wir 3 % aus, für Denkmäler und Kultur 8 % (hier ist noch das Mauerwerk der Kalvarienbergkapelle zu sanieren). Für Straßen und Instandhaltungen verwenden wir 21 %, dazu kommt noch die Straßenbeleuchtung.

Wir haben im Seniorenwohnhaus Oberndorf Sanierungsmaßnahmen umzusetzen und Nachrüstungsbedarf bei der EDV. Stark zu Buche schlagen aufgrund des Pflegeschlüssels und gesetzlicher Vorgaben natürlich die Personalkosten.

Zur Darstellung der Entwicklung der Investitionen im Ordentlichen Haushalt: Es handelt sich um Aufträge an die Wirtschaft von über 1 Mio. Euro. Wie schon erwähnt, sind hier beinhaltet Rathaus, Hauptschule, Feuerwehr, Straßenbau und Museum. Insgesamt geben wir 2014 in diesen Bereichen an die Wirtschaft 2 Mio. Euro aus.

Die Entwicklung der Tilgung und Zinsen ist einigermaßen konstant. Derzeit tilgen wir einen Großteil und die Zinsbelastung ist geringer gehalten. Wir werden 2014 € 723.200,-- an Tilgungen und Zinsen haben. Beinhaltet ist hier der Grundkauf für das Rathaus mit € 380.000,-- und die Tilgung für die PTS. Wenn man noch die Schuldenentwicklung betrachtet: In den letzten 10 Jahren wurden drei Darlehen aufgenommen, für die Sanierung der Hauptschule, für den Neubau der PTS und nun für das Rathaus sowie für die Bereinigung 2004 oder 2005 des Wasserdarlehens, welches die Stadtgemeinde hat aufnehmen müssen.

Der Außerordentliche Haushalt wurde bereits angesprochen, die Investitionen habe ich erklärt.

Wir haben eine Personalkostensteigerung im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft der beiden Seniorenwohnhäuser, sonst sind die Kosten konstant bzw. fallend. Wir haben uns bemüht, einen Voranschlag auszuarbeiten, mit dem wir die Dinge, die wir in den nächsten Jahren vorhaben, auch umsetzen können (Rathaus, Hauptschul-Dach, Feuerwehrfahrzeug, Sanierungsmaßnahmen der Feuerwehrzugstätte etc.)

Ich möchte mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtamtes für die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Voranschlages bedanken. Für einen Voranschlag beginnen die Arbeiten bereits im Sommer und alle Abteilungen arbeiten der Buchhaltung zu.

Der Bürgermeister gibt den Voranschlag 2014 zur Diskussion frei.

GV Prem: Ich habe alle Beträge mit dem Vorjahr gegenüber gestellt. Beim Schuldenstand der Kategorien 1 und 2 hat sich nicht viel verändert. Ich habe auch eine Gegenüberstellung von Zinsen und Haftungen vorgenommen.

GV Prem verliest nachstehende Zahlen, die per Mail übermittelt wurden:

Schuldenstand 2008 Kategorie 1+2 Endstand 11,7 Mio.

Schuldenstand 2010 Kategorie 1+2 VA Anteil. Kat. 3 11,1 Mio.

Schuldenstand 2012 Kategorie 1+2 VA Anteil. Kat. 3 11,3 Mio.

Schuldenstand 2014 Kategorie 1+2 VA Anteil. Kat. 3 12,5 Mio.

*Zinsen Kat. 1 91.800 - Zinsen Kat. 2 20.000 - Zinsen Kat. 3 55.800
(167.000)*

Haftungen 2008 Endstand 15.9 Mio.

Haftungen 2010 VA 16.6 Mio.

Haftungen 2012 VA 15.1 Mio.

Haftungen 2014 VA 13 Mio.

Zinsen Haftungen 105.400

Zinsendienst insgesamt 272.400

Fast jährlich steigende Personalkosten jetzt fast bei 7 Mio.

Für uns gibt es wenig Neues, darum auch keine Zustimmung.

GV Prem weiter: Man sieht hier eine gewisse Reduzierung, die Zinsen sind aber trotzdem noch sehr hoch. Die jährlich steigenden Personalkosten betragen fast 7 Mio. Euro. Es gibt bei den Zahlen wenig Neues, daher unsererseits auch keine Zustimmung.

GV Prem verliest folgende per Mail übermittelte Wortmeldung:

Die NOW ist am 7. März 2004 erstmals zur Gemeindevertretungswahl angetreten, um die damals katastrophale Finanzsituation so in den Griff zu bekommen, dass die folgende Generation wieder auf eine gesunde Finanzbasis zurückgreifen kann.

Was in Oberndorf in 10 Jahren nicht gelungen ist, ist z. B. in Hallein eingetreten. Ein Schuldenabbau trotz Schulbauprogramm und Weiterführung des gemeindeigenen Krankenhauses von 44 Mio. auf 22 Mio.

In der aufsichtsbehördlichen Einschau anlässlich des Bürgermeisterwechsels in Oberndorf 2004 findet sich folgender Eintrag:

Für die neue Gemeindevertretung wird es eine sehr große Herausforderung darstellen, die Stabilität des Haushaltes der Stadtgemeinde Oberndorf zu gewährleisten. Hier ist es unbedingt erforderlich, die Investitionstätigkeit der Stadtgemeinde anzupassen.

Was hat Oberndorf falsch gemacht? Wäre es nicht besser gewesen auf die Vorschläge der NOW zu hören und bestehende Schulden so schnell wie möglich abzubauen?

Ausgewiesene Schulden in der Höhe von 18,6 Mio., Haftungen in der Höhe von 13 Mio., geparkte Schulden beim Reinhaltverband und ständig steigende Ausgaben werden uns in Zukunft nicht weiterhelfen.

Die glückliche Konstellation der letzten 10 Jahre, stetig steigende Erträge und Zuweisungen zu erhalten bei gleichzeitig kontinuierlich fallenden Zinsen, wird nicht ewig andauern.

Hoffentlich ist es dann für Oberndorf nicht zu spät.

Bürgermeister: Erinnere dich an die Situation 2004. Wir waren nicht mehr handlungsfähig. Die Gemeindeaufsicht hat uns die einzelnen Aufgaben vorgeschrieben. Heute sieht die Situation so aus, dass uns der Haushalt wieder bewegungsfähig gemacht hat. Die Investitionen wurden aus dem Ordentlichen Haushalt getätigt, auch die Grundkäufe. Ich kann deine Formulierung nicht nachvollziehen. Der Haushalt hat sich konsolidiert, wir sind handlungsfähig und haben Schulden abgebaut. 1 Mio. Schulden mussten wir aus den alten Zeiten mitnehmen. Der Kanalbau hat natürlich etwas gekostet. Es ist uns jedoch gelungen, das Budget flott zu bekommen und man kann jedenfalls herzeigen, was in den letzten 10 Jahren in

Oberndorf umgesetzt wurde. Wir werden den Schuldenstand auch weiterhin abbauen. Es hätte mich gewundert, wenn deine Aussagen in eine andere Richtung gegangen wären.

Stadtrat Innerkofler stellt fest, dass die NOW offensichtlich immer noch das Problem mit der „Mehrheitsfraktion“ hat. Die SPÖ hat zwar die meisten Mandate von allen Fraktionen, kann mit 12 von 25 Mandatären aber nichts beschließen, denn es ist die Mehrheit notwendig, und das sind zumindest 13 Stimmen bei vollständiger Anwesenheit, um Beschlüsse fassen zu können.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ein wesentlicher Teil ist die Umsetzung des letzten Beschlusses für den Standort des Gemeindeamtes. Wir sehen dies mit einem tränenden Auge, da die Rücklagen völlig aufzulösen sind und eine Finanzierung notwendig ist, um den Grundkauf tätigen zu können. Wir müssen den Mehrheitsbeschluss zur Kenntnis nehmen. Die Handlungsfähigkeit wird dadurch wieder etwas eingeschränkt.

Die Personalkostenerhöhung hängt mit den gesetzlichen Vorgaben zusammen und der Erfüllung des Stellenplanes (Vollbesetzung - wir hoffen, dass dies so bleibt).

Eine Frage noch zum „Bewegten Schulweg“: mich erschreckt die Summe von € 65.000,-, gibt es schon einen Grundsatzbeschluss darüber?

Bürgermeister: Ist vorerst nur im Budget vorgesehen.

Stadtrat Danner weiter: Thema BORG-Neubau: Hier ist zu prüfen, wie die Entwicklung weitergeht. Die HAK benötigt derzeit fünf Klassen nicht mehr, die HAS wird es bald nicht mehr geben. Man sollte sich Kombinationsmöglichkeiten überlegen, wo Klassen leer stehen, bevor man eine Schule neu baut.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Zum Seniorenwohnhaus hätte ich noch gerne gewusst, wie die Situation bezüglich der Verluste in der Zukunft eingeschätzt wird.

Thema Rücklagen: Wofür bilden wir Rücklagen? Mir fehlt eine wichtige, für den neuen Sportplatz. Diese wurde im Voranschlag 2014 nicht gebildet, natürlich mit ein Grund, weil wir das Geld anderweitig verbrauchen, auch für die Finanzierung des Grundes. Dieses Argument ist nicht wegzuleugnen, daher leiden andere Dinge. Doch das ist so entschieden und damit müssen wir uns abfinden. Nachteile hat es für andere Dinge. Einen Wunsch habe ich noch zur Reparatur der Kehrmaschine: Ist hier die Höhe der Reparaturkosten gerechtfertigt oder wäre das Leasing einer neuen vernünftig? Bitte dies zu prüfen.

Bürgermeister: Zum Seniorenwohnhauspersonal: Es wurde seinerzeit nach Bedarf eingestellt, da war der Abgang noch moderater, und durch Leihpersonal ausgeglichen. Jetzt haben wir Fixpersonal und füllen den Personalschlüssel aus. Es wurde auch das Nachtschwerarbeitsgesetz eingeführt, welches zwei zusätzliche Posten bedingt (durch Zeitguthaben). Ich war gestern bei einer Vorstandssitzung des Gemeindeverbandes. Da war die Altenbetreuung der Zukunft auch Thema. Es wird noch einiges auf uns zukommen, nicht nur im Bereich der Seniorenwohnhäuser, auch hinsichtlich eines höheren Bettenbedarfs in der Akutgeriatrie, bezüglich der Frage nach einem Krankenhausaufenthalt, wenn in den Seniorenwohnhäusern kein Platz zur Verfügung ist, Betreubares bzw. Betreutes Wohnen, adäquate Betreuung zuhause etc.. Im Seniorenwohnhaus steigt die Bewohnerzahl in den Pflegestufen 4, 5 und 6. Derzeit haben wir einen Pflegedurchschnitt von 3,9. Dadurch erhöhen sich die Personalausgaben.

Eine Unterstützung (Förderung) des Landes wird immer schwieriger. Die Obergrenzen-Verordnung sieht heuer eine Steigerung von 1,79 % vor. Dies hält nicht Schritt mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Private Betreiber erhalten, wie wir hören, fast den doppelten Betrag. Damit müssen wir leider umgehen, aber das Land wird sich Gedanken machen müssen, hier besser zu unterstützen. 2014 ist im Seniorenwohnhaus Oberndorf jedenfalls Investitionsbedarf gegeben.

Zum Thema Rücklagen und OSK: Im Mittelfristigen Finanzplan werden Rücklagen für 2015 - 2017 gebildet in der Höhe von insgesamt € 410.000,--. Für heuer war es durch Grundkauf und Architektenwettbewerb nicht möglich. Ab nächstem Jahr wird dies wieder drinnen sein. Ich ersuche alle, mir zu helfen, ein geeignetes Grundstück zu finden. Derzeit sieht es ganz gut aus, die Verhandlungen laufen.

BORG-Neubau/Architektenwettbewerb: Es gab eine Besprechung beim Landesschulrat, in der alles angesprochen wurde und auch, dass man auf die Entwicklung genau achten muss. Wir müssen das Ministerium in Wien von der Ressourcenbildung überzeugen. Wir brauchen im BORG-Neubau gewisse Einrichtungen wie naturwissenschaftliche Räume, einen Hartplatz für den Sport etc., sicherlich nicht.

Was die Kehrmaschine betrifft - hier wissen wir noch nicht mehr.

2. Vizebgm. Mayrhofer ersucht um Überprüfung der Verhältnismäßigkeit.

Weiters zusammenfassend zum Seniorenwohnhaus: Man muss in der Zukunft jährlich mindestens mit diesem Abgang rechnen. Dafür sind die Mittel aus dem Ordentlichen Haushalt zur Verfügung zu stellen, weil wir das als Pflichtaufgabe zu bedecken haben. Das wird unsere anderen Aufgaben einschränken und wir müssen umsichtig vorgehen, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können (z. B. Grundstückskauf im richtigen Maße).

Bürgermeister: Wir sind bemüht, die Kosten nach unten zu drücken, Wartungsverträge müssen wir auch in Zukunft abschließen, Sanierungsmaßnahmen im SWH werden wir auch weiter machen müssen. Wir sind durch das neue Haus mit null gefahren und waren dadurch verwöhnt. Eine Gesellschaft definiert sich darin, was ihr die Bürger wert sind. Es wird für Kinder-, für Jugend- und Sportförderung geleistet und das Seniorenwohnhaus sehe ich auch so. Wir sind bemüht, die Kosten nach unten zu drücken, doch ich kenne die Obergrenzenverordnung für die nächsten Jahre nicht.

Die Argumentation für den Grundstückskauf Rathaus möchte ich nicht wiederholen. Wir nehmen € 380.000,-- auf und den Rest haben wir aus Eigenmitteln bedeckt.

Zum Rathaus selbst: Ihr stellt es außer Frage und es kostet auf beiden Plätzen das Gleiche. Es hat sich ergeben, dass wir nun das Haus bauen können und wir haben die Belastung zu tragen. Wenn es die Sportflächen für den OSK gibt, werden wir auch diese Ausgabe bewältigen müssen.

Stadträtin Petzlberger: Wir stimmen dem Budget zu und danken dem Team der Buchhaltung für die Arbeit.

GV Reitsamer informiert sich bei Stadtrat Danner hinsichtlich der Aussage bezüglich des Klassenrückganges in der HAK.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Derzeit sieht es so aus, dass langfristig pro Jahrgang nur zwei HAK-Klassen geführt werden, die derzeitige HAS-Klasse wird immer kleiner.

Bürgermeister: Diese Tatsache wird vom Bund mitbetrachtet.

Stadtrat Stranzinger präsentiert seine vorbereitete Wortmeldung (*wurde per Email übermittelt*):

Zunächst möchte ich mich im Namen unserer Fraktion wieder bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde für die engagierte Arbeit bedanken, die auf Grund der schon lange nicht mehr zeitgemäßen baulichen Zustände des Stadtamtes sicher nicht immer leicht ist. Dass sich das in absehbarer Zeit für die Beschäftigten und die Bevölkerung ändert, dafür haben wir ja heuer schon die ersten Weichenstellungen vorgenommen.

Grundvoraussetzung für einen gelungenen Jahresvoranschlag ist neben der Ausgeglichenheit von Einnahmen und Ausgaben die richtige Balance zu finden zwischen Sparen und Til-

gen von Darlehen auf der einen Seite - man kann einen Haushalt ja auch kaputt sparen – und auf der anderen Seite notwendige und sinnvolle Investitionen zu tätigen. So wie in den letzten Jahren ist das bei diesem Jahresvoranschlag auch wieder gelungen - was österreichweit nicht immer der Fall ist. Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes hat anlässlich der Präsentation des Gemeindefinanzberichtes 2013 festgestellt, dass die Zahl der negativ bilanzierenden Gemeinden wieder zugenommen hat. Von den 2353 österreichischen Gemeinden haben im Jahr 2012 805 mit einem Minus abgeschlossen, das heißt mehr als 34 % sind sogenannte Abgangsgemeinden, die ihre Pflichtaufgaben nicht mehr selbständig erfüllen können, von Ermessensausgaben ganz zu schweigen. Der Jahresvoranschlag von Oberndorf für 2014 ist wieder ausgeglichen und bietet wie in den Vorjahren den nötigen Spielraum für die Realisierung wichtiger Vorhaben.

Bei vielen wesentlichen Budgetpositionen haben wir als Stadtgemeinde wenige Möglichkeiten, das Ergebnis in unserem Sinn zu beeinflussen. Wie beispielsweise bei einem der maßgeblichsten Einnahmenposten - den Bundesertragsanteilen. Hier sind wir in hohem Maße abhängig von der allgemeinen Konjunktursituation und vom Steueraufkommen des Bundes. Die Einnahmen aus der Kommunalsteuer - für 2014 mit 1.075 Mio. Euro budgetiert - bewegen sich im Wesentlichen immer in ähnlicher Höhe, wegen der Flächenstruktur können wir Handels- und Gewerbegebiete leider nur in begrenztem Umfang anbieten. Trotzdem haben wir aufgrund der Umsetzung von zukunftsweisenden Maßnahmen, Kooperationen und innovativen Modellen durch Bürgermeister Schröder in den letzten Jahren viele zusätzliche, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen können. Im Bereich der Gesundheitsversorgung waren Anfang 2009 183 Personen beschäftigt, Ende 2013 sind das 336 Personen, das entspricht einer Zunahme von 153 Arbeitsplätzen.

Alleine in der Stadtgemeinde, den Seniorenwohnhäusern und im Krankenhaus sind momentan über 500 Menschen beschäftigt.

Ich möchte jetzt nur auf ein paar Punkte des vorliegenden Jahresvoranschlages eingehen, die uns wesentlich erscheinen:

Bei den Gemeindevertretungswahlen 2004 und 2009 war eines unserer wichtigsten Ziele die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit und in weiterer Folge die Konsolidierung des Haushaltes durch einen gezielten Schuldenabbau in Verbindung mit einer umsichtigen Investitionspolitik. Wenn man die Schuldenentwicklung der letzten Jahre betrachtet, dann kann man ganz klar erkennen, dass der von Bürgermeister Peter Schröder eingeschlagene Weg des verantwortungsvollen Umganges mit den finanziellen Mitteln sehr erfolgreich für unsere Stadt war. Fakt ist, dass der Schuldenstand vor knapp 10 Jahren 14,4 Mio. Euro betragen hat. Für 2014 sind Schulden in Höhe von 11,3 Mio. Euro für die Kategorie 1 und 2 veranschlagt, das ist eine Reduzierung um 3,1 Millionen Euro.

Die Schuldenentwicklung kann man aber nicht isoliert betrachten, man muss das im Zusammenhang mit den getätigten Investitionen im Vergleichszeitraum sehen. Der Neubau von HAK/HAS und Polytechnikum, diverse Straßenbaumaßnahmen wie etwa die Neugestaltung des Gastag, die Sanierung der Kindergärten und vieles mehr – die Investitionssumme von 2009-2013 ohne Um- und Ausbau des Krankenhauses und des Rehabilitationszentrums beträgt mehr als 19 Millionen Euro. Das entspricht fast der Budgetsumme eines Jahres.

Investitionen, die nicht nur Geld gekostet haben, sondern die Oberndorf als Zentrumsgemeinde im nördlichen Flachgau gestärkt haben. Investitionen, die die Lebensqualität der Bewohner verbessert haben, die Oberndorf als Bildungsstandort aufgewertet haben, die Oberndorfs Stellung als „das“ Gesundheitszentrum in der Region gefestigt haben. Neben dem positiven Effekt der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen hat auch die Wirtschaft davon profitieren können, nicht zuletzt die Wirtschaftsbetriebe in der Region. Und das war gerade in den letzten Krisenjahren ein nicht unwesentlicher Beitrag für die Ankurbelung der Konjunktur. Und nicht vergessen darf man die durch diese Maßnahmen entstandene zusätzliche Umwegrentabilität zu Gunsten der Wirtschaftstreibenden in der Region.

Auch für 2014 sind wieder umfangreiche Vorhaben, Investitionen und sonstige Maßnahmen im außerordentlichen und ordentlichen Haushalt geplant. Zum Beispiel für das Stille-Nacht

Projekt 1 Mio., für Straßensanierungen knapp 180.000,--, für den Neubau des BORG 150.000,--, für die Sanierung der Hauptschule mehr als 170.000,--, für die Feuerwehr fast 420.000,-- und für den Neubau des Stadtamtes 264.000,--.

Ein ganz wichtiger Aspekt ist für uns die Förderung der Vereine und Institutionen. Vereine sind für ein funktionierendes Gemeinwesen ein unverzichtbarer Bestandteil, im Vordergrund steht dabei für uns die Unterstützung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Diese laufende Förderung bedeutet auch eine Wertschätzung der hier geleisteten Arbeit der meist ehrenamtlich tätigen Personen. Und in diesem Bereich hat es in den letzten Jahren trotz des wirtschaftlich schwierigen Umfeldes nie Kürzungen gegeben. Die engagierten Menschen haben sich immer auf eine finanzielle Unterstützung unserer Stadt verlassen können, und das ist in diesem Bereich ganz wichtig. Und so werden wir auch 2014 wieder unsere Vereine und Institutionen kräftig unterstützen. Mit 27.000,-- Euro für Sportförderung, für das Jugendzentrum 61.900,--, für die Bibliothek 69.000,--, für das Musikum 73.500,--, für Rettungsdienste 29.100,--.

Neben vielen anderen Maßnahmen werden wir zum Beispiel auch für Spielplätze mehr als 65.000,-- Euro, für Denkmalpflege fast 41.000,-- und für Feste und kulturelle Veranstaltungen mehr als 68.000,-- Euro aufwenden.

Für uns ist es wichtig, dass wir mit Peter Schröder einen Bürgermeister haben, der stets um eine gute Gesprächsbasis mit den verantwortlichen Stellen in Bund, Land, Umlandgemeinden und der Nachbarstadt Laufen bemüht ist. Und dass unser Bürgermeister bei allen Vorhaben sämtliche Möglichkeiten einer finanziellen Entlastung ausschöpft und durch hartnäckiges Verhandeln für unsere Stadt schon viele Vorteile erzielt hat, vor allem was die Beteiligung an der Finanzierung von Projekten betrifft. Bürgermeister Schröder hat in den letzten Jahren bewiesen, dass eine Zusammenarbeit über die Gemeinde- und Parteigrenzen hinweg durchaus sinnvoll ist. Durch die Umsetzung von neuen Ideen und innovativen Projekten, wie zum Beispiel das PPP-Modell zur Betriebsführung des Krankenhauses oder die Verwaltungsgemeinschaft der Seniorenwohnhäuser, konnten viele Synergien erzielt werden. Das hat für unsere Stadt viele positive Ergebnisse gebracht, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Ich bin davon überzeugt, dass bei einer konstruktiven Zusammenarbeit aller Fraktionen in der Gemeindevertretung in wichtigen Sachfragen - was derzeit ja leider nicht der Fall ist - noch bessere Ergebnisse für Oberndorf erzielt werden könnten.

Wir werden jedenfalls den erfolgreichen Weg der letzten Jahre auch in Zukunft weiter verfolgen. Den Weg einer positiven Weiterentwicklung unserer Stadt, den Weg der Absicherung und der Verbesserung der Lebensqualität, der Unterstützung von Kunst und Kultur, der Förderung unserer Vereine und Institutionen, den Weg der Optimierung des Sicherheitsschutzes für Oberndorf, den Weg des konsequenten Schuldenabbaus bei gleichzeitigen Investitionen in wichtige und sinnvolle Vorhaben - für unsere Stadt und für unsere Bevölkerung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2014 zum Beschlusse zu fassen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 18 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (NOW-Fraktion)

6. Jahresvoranschlag 2014 Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

Die Unterlagen wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung übermittelt. Bürgermeister Schröder ersucht Frau Moßhammer, den Jahresvoranschlag für die Immobilien KG zu erläutern.

Frau Moßhammer erläutert den vorliegenden Jahresvoranschlag 2014, der Folgendes zum Inhalt hat:

- Gegenüberstellung Gesamtsummen
- Gesamtübersicht nach Gruppen Ordentlicher Haushalt
- Voranschlagsquerschnitt
- Zuschüsse von und an Gebietskörperschaften
- Nachweis der Rücklagen
- Posten Ordentlicher Haushalt

Die Immobilien KG beinhaltet

- die Abwicklung des Schulneubaus HAK/HAS/PTS
- Hauptschule und Bauhof mit Nahwärmeversorgung
- BORG Architektenwettbewerb
- Laufende Instandhaltungen
- Transferzahlungen und Abwicklung der Mietzahlungen

GV Dipl.-Ing. Weiner: Wie lange wird die Immobilien KG noch existieren?

Frau Moßhammer: Bis die Mietzahlungen aufgrund des Umsatzsteuergesetzes erledigt sind. In Planung ist das Gesetz der Rückführung der Gebäude in die Gemeinde. Das hängt von einem entsprechenden Steuermodell ab. Dann haben wir den UST-Vorteil nicht mehr.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Jahresvoranschlag 2014 der Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Haushaltsbeschluss 2014

Folgender Amtsbericht liegt vor, Bürgermeister Schröder erläutert ihn:

„Die Gebührenhaushalte Wasser und Kanal sind als eine Einheit zu betrachten. Überschüsse und Abgänge müssen diesem Buchungskreis zugerechnet werden.

In der Wassergebarung im Jahr 2014 sind Interessentenbeiträge in der Höhe von € 234.700,00, in der Kanalgebarung von € 301.600,00 enthalten. Einkalkuliert sind dabei die Projekte Holztrattner und Oberndorf Mitte. Durch diese „einmalig“ hohen Beträge sind die Gebührenhaushalte Wasser und Kanal im Jahr 2014 überschüssig. Bei tatsächlichem Eingang der Interessentenbeiträge (Baubeginn Projekte) ist deshalb eine Transferzahlung an den Reinhalteverband Oberndorf zur Finanzierung der Hochwasserprojekte von € 304.200,00 veranschlagt.

Die Höhe der Anschlussgebühren ist dem Landesvorschlag angepasst.

Bei den Bezugsgebühren zur Abdeckung der laufenden Betriebs- und Finanzierungskosten ist eine Erhöhung zwischen 1,27 und 1,68% vorgesehen. Für den Wasserzins ergibt dies eine Erhöhung von € 0,01, für die Kanalgebühr € 0,04 pro m³ verbrauchtem Wasser.

Die Hochrechnung des Gebührenhaushaltes **Abfallentsorgung** für das Jahr 2014 ergibt einen Abgang von € 12.200,00. Die Bedeckung erfolgt durch eine Rückstellungsentnahme. Eine Erhöhung der Müllgebühren für das Jahr 2014 ist nicht vorgesehen.

Die Sätze für Spielautomaten in Oberndorf wurden bei Geldspielautomaten um € 3,80, bei Geschicklichkeitsautomaten um € 0,30, bei Kinderunterhaltungsautomaten um € 0,05 erhöht.

Die Eintrittsgelder für das Heimatmuseum wurden erstmals erhöht.“

Stadtrat Ing. Schweiberer: Kanalgebühren - dürfen wir die für Hochwasser verwenden?

Frau Moßhammer: Sind gegenseitig deckungsfähig.

Bürgermeister: Ist mit dem Siedlungsbau zu argumentieren, da alles aus dem Gundwasser- und Kanalbereich kommt.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Wieso ist die Kehrmaschine der Müllabfuhr zugeordnet?

Frau Moßhammer: Die Straßenreinigung gehört buchhalterisch zum Ansatz „Müll“ wegen des Vorsteuerabzuges. Dies wird im gesamten Land Salzburg so gebucht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Haushalt 2014 in der vorliegenden Form zum Beschlusse zu fassen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Stellenplan 2014

a) Stadtgemeinde

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Der Stellenplan „Stadtgemeinde“ besteht u. a. aus Stadtamt, Bauhof, Schulen, Kindergärten und Bibliothek. Bis auf die nachfolgende Stellenplanausweitung bleibt der Stellenplan unverändert. Stellenplanausweitung: Pos. 9.10.2 ANHANG Lehrling Bauhof, 100 %
Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.“

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Stellenplan 2014 - Stadtgemeinde allgemein zu beschließen.

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

b) Seniorenwohnhäuser

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Der Stellenplan der beiden Seniorenwohnhäuser Oberndorf und Bürmoos wurde gegenüber 2013 dahingehend abgeändert, dass die Stellenplanausweitung von 100 % Fachpersonal im Seniorenwohnhaus Oberndorf und 400 % Fachpersonal im Seniorenwohnhaus Bürmoos, beschlossen am 22.07.2013 und genehmigt vom Amt der Salzburger Landesregierung am 15.07.2013, eingearbeitet wurde. Der Stellenplan weist nunmehr für das Haus Oberndorf 45,00 Vollzeitäquivalente und für das Haus Bürmoos 41,25 Vollzeitäquivalente aus.
Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.“

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Stellenplan 2014 - Seniorenwohnhäuser zu beschließen.

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

c) Krankenhaus

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In der Rahmenvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Oberndorf und der VAMED Management und Service GmbH & Co KG wurde die Personalbeistellung des bei der Stadtgemeinde Oberndorf im Krankenhaus beschäftigten Personals geregelt. Die Stadtgemeinde Oberndorf hat dazu mit der Gemeinnützigen Oberndorfer Krankenhausbetriebs GmbH einen Personalbeistellungsvertrag abgeschlossen. Alle mit Stichtag 31.03.2008 bei der Stadtgemeinde Oberndorf angestellten Mitarbeiter werden weiterhin im Stellenplan der Stadtgemeinde Oberndorf bis zu ihrer Beendigung des Dienstverhältnisses geführt. Mit der Abteilung 11 wurde vereinbart, dass zur besseren Übersicht der Stellenplan in den nächsten Jahren in seinem ganzen Umfang weitergeführt werden soll. Ausgeschiedene Dienstnehmer bzw. frei werdende Dienstposten sind mit N.N. zu kennzeichnen.
Der Stellenplan lag im Fraktionsordner auf.“

„Gemäß Rahmenvereinbarung erfolgt die Gehaltsabrechnung der beigestellten Mitarbeiter und der im privatrechtlichen Dienstverhältnis stehenden Mitarbeiter der GOK durch die Stadtgemeinde Oberndorf. Dafür erhält die Stadtgemeinde ein vertraglich geregeltes Entgelt pro Abrechnung und Mitarbeiter. Ab 01.01.2013 erfolgt auch die Abrechnung der Mitarbeiter der Reha-Klinik gegen Entgelt durch die Stadtgemeinde.“

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den Stellenplan 2014 - Krankenhaus zu beschließen.

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Mittelfristiger Finanzplan

Die Unterlagen wurden den Fraktionsvorsitzenden in Papierform zur Vorbereitung für die Sitzung übermittelt. Bürgermeister Schröder erläutert die im Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2017 aufgeführten Vorhaben.

a) Stadtgemeinde

Beilage MFP Stadtgemeinde 2014-2017

MFP Summen	2014	2015	2016	2017
Einnahmen OHH	25.334.300,00	24.870.900,00	25.311.100,00	25.804.800,00
Ausgaben OHH	25.301.300,00	24.826.600,00	25.262.700,00	25.533.000,00
Differenz OHH	33.000,00	44.300,00	48.400,00	271.800,00
Einnahmen AOH	2.205.700,00	4.376.700,00	10.599.100,00	2.380.800,00
Ausgaben AOH	2.205.700,00	4.376.700,00	10.599.100,00	2.380.800,00
Differenz AOH	-	-	-	-
Gesamtdifferenz	33.000,00	44.300,00	48.400,00	271.800,00

Berechnungsmodus:

Für den MFP 2014-2017 wurden die Lohnkosten mit 2,5% hochgerechnet, die Ausgaben Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt, Rechtsträgeranteil GOK und der Sages-Beitrag mit 2%.

Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, die Instandhaltungen, Energie- und Verbrauchskosten wurden mit 2% kalkuliert.

Die Ertragsanteile wurden mit 2% hochgerechnet.

Weiters enthalten sind die Projekte Neubau Gemeindeamt, Sanierung Hauptschule Oberndorf, Straßenbau allgemein (Göminger Landesstraße) Sanierung Schopperweg, Sanierung F.X.Gruberstraße, Sanierungs Kindergarten II, Sanierung Kindergarten I, Stille-Nacht-Museumsbezirk und Neubau Bundesoberstufenrealgymnasium mit Turnhalle.

Die Vorhaben Sanierung Hauptschule und Neubau BORG werden durch die Immobilien KG abgewickelt.

Zusätzlich wurde ab dem MFP-Jahr 2015 für die geplanten Projekte Sportstättenerrichtung und Freiwillige Feuerwehren Austausch Fahrzeuge Rückstellungen verbucht.

Die aus der dargestellten Tabelle ersichtliche Gesamtdifferenzen wurden im jeweiligen Jahr als Verstärkungsmittel gebucht.

Für die MFP-Jahre 2014-2017 wurden Investitionen und Instandhaltungen fortgeschrieben.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die grundsätzliche Meinung zum BORG-Neubau habe ich bereits mitgeteilt. Mich wundert die Kostenschätzung von 12,5 Mio. Euro. Das BORG wird ein Drittel der Kubatur des HAK/HAS/PTS-Gebäudes haben, daher erscheint mir diese Summe sehr hoch, auch die für die Sanierung des Kindergartens 1 mit € 631.000,--. Da sind wir fast bei Neubaukosten. Es ist in der Relation ein Minigebäude.

Bürgermeister Schröder: Zum Kindergarten gibt es ein Erhebungspapier bezüglich der Sanierungsmaßnahmen. Es wurde im Bauausschuss vorgestellt.

Zum BORG: Das ist eine Schätzung aufgrund der Kennzahlen des Bundes. Die Turnhalle ist auch dabei mit ca. 1,5 Mio. Euro.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Für mich ist alles verpackt und so nichts Anderes als eine Sache, die man alle Jahre anpassen muss. Die Sinnhaftigkeit ist mir noch nicht klar.

Bürgermeister: Es ist halt ein Papier, in dem festgeschrieben ist, was wir in den nächsten Jahren vor haben. Dass die Gemeinden einen Mittelfristigen Finanzplan haben, ist Auftrag des Landes Salzburg.

b) Stadtgemeinde Oberndorf Immobilien KG

Auch der MFP für die Immobilien KG, welcher die Sanierung des Hauptschul-Gebäudes und den Neubau des Oberstufengymnasiums zum Inhalt hat, lag den Fraktionen zur Begutachtung vor.

Da keine Wortmeldungen dazu vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, den Mittel-**

fristigen Finanzplan für

a) die Stadtgemeinde und

b) die Stadtgemeinde Immobilien KG

zu beschließen.

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Beide MFP werden einstimmig beschlossen.

10. Verlängerung Kontokorrentkredit Salzburger Sparkasse

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Die Stadtgemeinde Oberndorf hat für den Betrieb ihrer Einrichtungen bei der Salzburger Sparkasse Bank AG, Konto Nr. 00100211516, einen Kontokorrentkreditrahmen in der Höhe von € 300.000,00. Der Rahmen endet mit 30.04.2014 und soll bis 30.04.2015 verlängert werden. Der letztmalige Beschluss durch die Gemeindevertretung für die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens der Salzburger Sparkasse Bank AG wurde am 12.12.2012 gefasst (Laufzeit 30.04.2013 – 30.04.2014).

Der Kontokorrentrahmen dient zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen, die durch zeitliche Verschiebungen zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen können (z.B. Einnahmen aus Steuern, Gebühren, Ertragsanteilen und Gemeindebeiträgen, Ausgaben für Lohnkosten, Annuitäten und Sozialabgaben).

Sollzinssatz:

0,650 % Aufschlag auf den 1-Monats-Euribor aufgerundet auf volle Achtel. 1-Monats-Euribor, 28.11.2013 - 0,163%

Keine Bereitstellungsgebühr“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Verlängerung des Kontokorrentkreditrahmens bei der Salzburger Sparkasse Bank AG in der Höhe von € 300.000,-- bis 30.04.2015 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend - GV Dipl.-Ing. Weiner war nicht im Sitzungszimmer): Wird einstimmig beschlossen.

11. Änderung Räumliches Entwicklungskonzept im Bereich „Friedhof“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die Verfahrensschritte zur Abänderung des REK werden gemäß § 82 Abs 2 ROG 2009 nach § 13 ROG 1998 durchgeführt.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen durch die Nachbargemeinden wurden keine vorgebracht. 2 Anregungen (vom 20.08.2013 und 01.09.2013) sind aufgrund der Bürgerinformation eingegangen.

Zur Anregung vom 20.08.2013 wird auf die diesbezügliche Stellungnahme des Bürgermeisters vom 22.08.2013 verwiesen. Zur Anregung vom 01.09.2013 wird auf die diesbezüglichen Stellungnahme der Friedhofsverwaltung vom 03.09.2013 verwiesen.

Die positive Stellungnahme der Landesregierung liegt dem Akt bei.

Es kann daher der Gemeindevertretung die Abänderung des REK im Bereich „Friedhof“ zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Bürgermeister Schröder erläutert diesen. Die beiden eingebrachten Anregungen, auch hinsichtlich der Friedhofsflächen, wurden in der Bürgerfragestunde bereits beantwortet. Die Landesregierung hat, wie im Amtsbericht vermerkt, eine positive Stellungnahme abgegeben.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Grundsätzlich wurde die Antwort in der Bürgerfragestunde gegeben. Aus unserer Sicht ist die 50-jährige Reichweite relativ lang. Trotzdem erscheint es für mich fraglich, Vorbehaltsflächen aufzugeben. Wir werden auch dann noch einen Friedhof brauchen.

Bürgermeister: Wir haben noch eine zweite Vorbehaltsfläche, die hier noch dazu kommt (Grundstück alte Volksschule, rückwärtiger Teil Richtung Abfallbereich des Friedhofes).

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Änderung des Räumlichen Entwicklungskonzeptes für den Bereich „Friedhof“ auf Grundlage des § 82 Abs. 2 ROG 2009 gem. § 13 Bs. 5 ROG 1998 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 14 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen (ÖVP und NOW)

12. Teilabänderung Flächenwidmungsplan für den Bereich „Oberndorf-Mitte“ samt Änderung und Erweiterung Bebauungsplan „Oberndorf-Mitte“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor, Bürgermeister Schröder erläutert diesen:

„Grundlagen:

Die gegenständlichen Grundflächen sollen in den nächsten Jahren bebaut werden. Gemäß § 44 ROG 2009 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht und im Falle einer Baulandausweisung der Baulandbedarf dies zulässt. Gemeinsam mit der Flächenwidmungsplanänderung wird der bestehende Bebauungsplan abgeändert.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich "Oberndorf-Mitte" und die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Oberndorf-Mitte“ zu beschließen.“

2. Vizebgm. Mayrhofer: Dies ist ein weitgehender Beschluss, der heute zu fassen ist. Ausgegangen wird vom REK 1998 (*Anm.: Fr. Mayrhofer zit. wörtlich aus der Seite 30 des REK*). 1998 wurde das REK mit Bewohnern und Grundbesitzern erarbeitet. Mit dem nunmehrigen Grundbesitzer wurden Verhandlungen geführt bzw. wurde ihm gesagt, es wird Bauland. Normalerweise macht dies der Bürgermeister. Es muss ihm der politische Wille kundgetan worden sein, dass seine Grundfläche Bauland werden kann und wer dort eventuell bauen kann. Es wurden Planungen vorgenommen. Diese lagen dem Gestaltungsbeirat zur Diskussion vor, wie man sich das vorstellen kann. Wir haben Grundlagen erarbeitet und mir war dabei nicht bewusst, dass wir gegen das REK planen. Dann ist die Wohnbaugenossenschaft „die Salzburg“ als Kaufinteressent aufgetaucht, es wurde ein Architektenwettbewerb eingeleitet.

Nach der ersten Runde hat sich für mich und die ÖVP klar herausgestellt, dass die Bebauung wesentlich zu dicht und für Oberndorf in der Form nicht zu verkraften ist (wir haben nur eine Durchgangsstraße ohne jede Ausweichmöglichkeit). Ich habe mich dann näher mit dem REK befasst, und es wäre nicht zu spät gewesen, umzudrehen. Die ÖVP hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um das REK gemeinsam zu überarbeiten. Dies wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Es ist nicht nachzuvollziehen, warum laut REK1998 ausreichend Grünflächen, Sportflächen etc. vorhanden sein müssen, jetzt scheint dies kein Thema mehr zu sein. Ein Grundstück für ein neues Sportzentrum ist nach wie vor nicht vorhanden.

Gestern im Gestaltungsbeirat wurde das endgültige Projekt vorgestellt, das zur Einreichung freigegeben ist. Die Baudichte wurde finalisiert. Es soll knapp an den derzeitigen Fußballplatz herangebaut werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Bebauung mit dem Fußballbetrieb harmonisch nebeneinander bestehen kann. Mittlerweile verständigen sich auch zuständige Abteilungen beim Land darauf, dass in der Zukunft größere Freibewegungsflächen und Sportflächen für große Wohngebiete ausgewiesen werden müssen und dies in die Planung aufzunehmen ist. Das wäre für mich ein Grund, zukunftsorientiert Freiflächen zu erhalten. Die ÖVP stimmt heute nicht zu.

Bürgermeister: Ich möchte nicht wieder dieselbe Diskussion, die wir hier in der Gemeindevertretung bereits ausreichend geführt haben. Das REK 1998 wurde genau mit jener Bebauung erarbeitet, wie dies jetzt der Fall sein soll. Im REK 1998 sind die Sportflächen als erhaltenswürdig ausgewiesen. Wir reden aber bei der geplanten Abänderung nicht von den Sportflächen, sondern es handelt sich vielmehr um die Gründe der Besitzer Schleindl und ein gewisser Bereich von Herrn Franz Wolf. 2002 wurden die Wolf-Gründe in Kernbereich mit Verkehrsaufschließung abgeändert. Ich habe keine Zusagen für den Bereich des Sportplatzes getätigt. Doch Herr Wolf wird diese Sportflächen nicht mehr verpachten, damit hat sich das für den OSK dort erledigt. Hannes Danner kann diese Aussage vor Herrn Wolf bestätigen.

In der letzten Jugendausschuss-Sitzung waren Vorstandsmitglieder des OSK anwesend. Wir waren uns einig, dass die notwendigen Flächen nicht mehr gegeben sind und zukünftig dieser Platz nicht mehr ausreicht.

Zur Bebauungsdichte: Zu diesem Thema hat es zwei Gestaltungsbeirat- und eine Bauausschuss-Sitzung gegeben mit dem Ergebnis: GFZ 0,8 im vorderen Bereich und abfallend nach hinten 0,5, also 0,65 im Mittel. Es hat hier auch die Zustimmung von dir (*an Frau Mayrhofer gerichtet*) gegeben. Das hast du auch in eurer Hochglanzbroschüre kolportiert.

Das aktuelle Projekt weist eine Bebauungsdichte von 0,8 aus und nimmt auch Bezug auf Ausfahrten und eine Verkehrslösung mit sinnvollen Maßnahmen für die Zukunft, wenn irgendwann einmal die derzeitigen OSK-Flächen bebaut sein sollten. Ob diese Grünland bleiben oder nicht, das werden die Diskussionen und die Willenskundgebung einzelner Gemeindeglieder zeigen.

Die Sportplatzsituation hängt mit der Verlängerung des Pachtvertrages zusammen. Ich habe die Zusage, sollte die Gemeindevertretung umwidmen, gibt es eine Verlängerung bis 2022. Dem OSK habe ich gesagt, man muss zu einer schnelleren Lösung kommen. Deshalb rufe ich nochmals auf, helft mir dabei, eine geeignete Fläche zu finden! Die jetzige Fläche ist im Privatbesitz des Herrn Wolf und wenn dieser nicht will, wird dort nicht gespielt. Das ist die Situation und damit werden wir umgehen müssen. Es wird an uns liegen bzw. an der nächsten Gemeindevertretung, dass die Situation im Sinne des OSK und der anderen Sportvereine in diesem Bereich gelöst wird. Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen keinem. Auch Hannes Danner bekam dieselbe Aussage von Herrn Wolf (*wird von Herrn Danner bestätigt*). Das REK 1998 gibt die Möglichkeit der Abänderung in diesen Bereichen, daher führen wir das jetzt durch.

GV Schick hält fest, sie würde gerne naturschutzrechtlich prüfen lassen, ob nicht eine Sportfläche im Bereich Oberndorf-Süd möglich wäre.

Bürgermeister: Dies wurde seinerzeit bereits angestrebt, doch aufgrund des Hochwassers im Jahre 2002 bekommen wir dafür keine Bewilligung. Wir haben dies selbstverständlich prüfen lassen, es gibt keine Zustimmung. Das kann ich auch schriftlich belegen. Dies ist die Situation.

Zwischenzeitlich bin ich wieder mit zwei Grundstücksbesitzern in Verhandlungen. Der eine hat mir zugesagt, doch die Grundfläche ist mir etwas zu weit von Oberndorf weg. Mit dem zweiten müssen wir bezüglich seiner Preisvorstellungen noch reden.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich würde ungern die Diskussion nur an den OSK hängen. Für mich ist klar, dass dauerhaft der Sportplatz an dieser Stelle sehr schwierig zu erhalten sein wird, vor allem wegen der Anrainersituation. Natürlich hätte der OSK gerne eine Sportanlage mit einem vollwertigen Trainingsplatz im ortsnahen Bereich. Doch der Ansatz des REK damals war, wenn die Sportflächen abgesiedelt werden, dort Frei- und Bewegungsflächen in einem gewissen Rahmen zu erhalten. Das wesentliche Instrument der Raumordnung hat die Gemeinde in der Hand.

Bürgermeister: Es ist richtig, dass es in der Bebauung nach hinten hinaus große Freiflächen braucht, da werden wir zu gegebener Zeit reden müssen. Doch ich habe auch die Verantwortung als Bürgermeister, bezüglich weiterer Wohnraumschaffung in die Zukunft zu denken. (*Zu 2. Vizebgm. Mayrhofer gerichtet*.) Ich würde mir diese Sensibilität im Bereich der geplanten Bebauung Noppinger wünschen. Hier lenkt die Genossenschaft nicht ein. Die Bebauungsdichte ist zu hoch und es gibt keine externen Spielflächen.

GV Strobl: Ich erinnere an die letzte Jugendausschuss-Sitzung mit dem OSK. Wir wollten doch alle an einem Strang ziehen. Zur Kritik, warum die eine derartige Verbauung im „grünen“ Oberndorf möchten: Es ist schade, dass so wenige Bürger beim MORECO-Abend waren. Das Land hat sehr gut erklärt, wie die Kosten minimiert werden können durch eine sinnvolle Verdichtung im städtischen Gebiet. Dazu gehört auch Oberndorf. Dieser Meinung war auch die letzte SPÖ-ÖVP-Regierung im Land. Viel Verkehr ist auch selbstgemacht, weil viele

Menschen jeden Meter mit dem Auto fahren. Genau das hat auch Leopold Kohr so gesehen - lest einmal nach! Kohr kritisierte auch das ständige Wachstum der Wirtschaft. Wo ich euch Recht gebe: ich bin unglücklich über die Einseitigkeit der Architekten in den letzten 20 Jahren. Ich wünsche mir mehr Holz, wieder Dächer und nicht lauter Flachbauten. Es gibt auch tolle Dachwohnungen.

1. Vizebgm. Feichtner (zu 2. Vizebgm. Mayrhofer): Oberndorf-Mitte erscheint dir zu dicht mit 0,8, ich habe aber noch keine Kritik gehört hinsichtlich der Bebauung Noppinger mit 1,2.

2. Vizebgm. Mayrhofer: Es ist ein großer Unterschied, was man mit einer bestehenden Grünfläche macht und wenn man ein bestehendes Gebäude durch ein anderes ersetzt. Das eine ist eine zusätzliche Sache und das andere ist nur Ersatz. Diesbezüglich habe ich eine Sensibilisierung - und daher auch zum Thema Spielplatz: Große Flächen, wie die bestehende derzeitige OSK-Fläche, sollten für alle frei zugänglich zur Verfügung gestellt und erhalten werden. Es sollte nicht nur die Größenordnung der bisherigen Spielplätze geben.

Zu Leopold Kohr: Eine soziale Verträglichkeit wird auch von ihm zitiert. Ihr wisst, in diesen Wohnanlagen sind wir immer damit konfrontiert, dass wir eine Sozialhelferstelle bräuchten, weil das Zusammenleben, das Miteinander ein riesiges Problem ist. Wir müssen uns überlegen, wie viel Fläche wir in Oberndorf noch zur Verfügung haben und wie viel sozial noch verträglich ist. Wir haben dieses Thema speziell auf Oberndorf ausgerichtet herunterzubrechen und ich will nur schauen, was für Oberndorf passt.

Bürgermeister: Für mich ist diese Aussage widersprüchlich. Zu sagen, dass durch 100 Wohnungen soziale Spannungen entstehen, ist nicht seriös. Bei einer Bebauungsdichte bei Oberndorf-Mitte von 0,8 ein Problem zu sehen und bei der Noppinger-Bebauung mit 1,27 nicht, das ist nicht verständlich.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Ich erwarte mir von dieser Gemeindevertretung, bevor man mit einer Zerstückelung bzw. Aufteilung beginnt, dass es ein Gesamtkonzept gibt, was wir hier verbauen können und was nicht. Warum haben wir nicht den Mut zu sagen, das ist die Entscheidung der Gemeindevertretung? Dies wäre eine Wahrheit gegenüber dem Wähler. Warum muss das Grundstück in Streifen zerstückelt werden? Es kommt dann alles zum Tragen, was Sabine Mayrhofer eben gesagt hat.

Bürgermeister: Ein Konzept für dieses Gebiet wurde erstellt. Was im hinteren Bereich passiert, wissen wir heute noch nicht, das wird Aufgabe der nächsten Gemeindevertretungen sein. Fakt ist: Der Flächenwidmungsplan und das Räumliche Entwicklungskonzept ermöglichen es, in diesem Gebiet in dieser Dimension zu bauen, denn es ist als Kerngebiet ausgewiesen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes für den Bereich „Oberndorf-Mitte“ und die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Oberndorf-Mitte“ gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 15 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen (4 ÖVP, 2 NOW - Stadtrat Schweiberer, GV Prem)

13. Aufhebung Bebauungsplan „Kreuzerleiten“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Gemäß § 63 ROG 2009 kann ein Bebauungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept und dem Flächenwidmungsplan entspricht und eine dem bisherigen Bebauungsplan entsprechende Entwicklung nicht erheblich gestört wird. In der Bauausschusssitzung vom 10.09.2013 wurde einstimmig die Aufhebung des Bebauungsplanes „Kreuzerleiten“ beschlossen. Dies soll die adäquate Bebauung einer Baulücke an der Pflegerstraße ermöglichen.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung die Aufhebung des Bebauungsplanes der Grundstufe für den Bereich "Kreuzerleiten" zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Aufhebung des Bebauungsplanes "Kreuzerleiten" gemäß § 71 Abs. 6 ROG 2009 zu beschließen.**

**Offene Abstimmung (20 GV anwesend - GV Auzinger war nicht im Sitzungszimmer):
Wird einstimmig beschlossen.**

14. Behördliche Bausperre für den Bereich „Noppinger Braugasthof“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Auf dem Areal des ehemaligen Braugasthofes Noppinger soll in den nächsten Jahren ein Wohnbauprojekt errichtet werden. Die Flächenwidmungsplanänderung in „Erweitertes Wohngebiet“ wurde bereits am 18.09.2012 rechtskräftig. Derzeit werden gemeinsam mit dem Gestaltungsbeirat und dem Bauausschuss unter Einbindung der Anrainer die Bebauungsgrundlagen für dieses Areal erarbeitet.

Der bestehende Bebauungsplan „Noppinger“, der derzeit nur einen Teilbereich des Braugasthofes umfasst, soll um alle vom Wohnprojekt betroffenen Grundstücke erweitert werden und die neu erarbeiteten Bebauungsgrundlagen enthalten.

§ 21 ROG 2009: Behördliche Bausperre

(1) Die Gemeindevertretung kann durch Verordnung für genau zu bestimmende Gebiete eine Bausperre erlassen, wenn

1. die Änderung des Räumlichen Entwicklungskonzepts, des Flächenwidmungsplans oder eines Bebauungsplans beabsichtigt ist und

2. eine Bausperre notwendig ist, um die Durchführung der Planung nicht erheblich zu erschweren oder unmöglich zu machen.

(2) Während der Geltung einer Bausperre ist die Erteilung von Bauplatzerklärungen und der nach baurechtlichen Vorschriften des Landes erforderlichen Bewilligungen nur zulässig, wenn das Vorhaben der erkennbaren grundsätzlichen Planungsabsicht nicht entgegen steht. Bauliche Maßnahmen, für die zwar eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt, mit deren rechtmäßiger Ausführung aber im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bausperre noch nicht begonnen worden ist, bedürfen zu ihrer Ausführung einer besonderen Bewilligung der Baubehörde, die unter derselben Voraussetzung zu erteilen ist.

(3) Eine Bausperre tritt außer Kraft:

- 1. mit Wirksamkeit der geänderten Planung für die davon erfassten Gebiete,*
- 2. spätestens aber drei Jahre nach ihrem Inkrafttreten.*

Eine Bausperre ist jedenfalls außer Kraft zu setzen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erlassung weggefallen sind.

Der Gemeindevertretung wird daher empfohlen, für die betroffenen Grundstücke eine Bausperre zu beschließen.“

Bürgermeister: Gestern fand eine Gestaltungsbeiratssitzung statt, bei der auch die Anrainer anwesend waren. Die Genossenschaft hat den Auftrag des Gestaltungsbeirates aufgenommen, das Einvernehmen mit den Anrainern zu suchen. Ich habe gestern nochmals festgestellt, dass über die Parkplätze und die Grünflächen nachzudenken ist, über die Situierung eines kleinen Spielplatzes etc.. Die Genossenschaft hat gesagt, sie würde das Ansuchen um Bauplatzerklärung zurückziehen, damit wir die Bausperre nicht durchführen müssen. Bis heute ist bei uns jedoch kein diesbezügliches Schreiben eingetroffen. Daher ist es notwendig, diese Bausperre zu beschließen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Bausperre für den genannten Bereich zum Beschlusse zu fassen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

15. Neubau HAK/HAS/PTS - Endabrechnung

Frau Moßhammer stellt nachfolgenden Amtsbericht vor:

„Nach Durchführung des Architektenwettbewerbes im Herbst 2008 ergab sich basierend auf dem Stand der Entwurfsplanung im Jänner 2010 eine Kostenschätzung für die Errichtung (ohne Einrichtung) von € 15,28 Mio.. Aufgrund des Nutzungsanteiles der Polytechnischen Schule (32,5 %) ergab sich damit ein Anteil für die Sprengelgemeinden von € 4,966 Mio..

In der Gemeindevertretungssitzung vom 03.03.2010 wurden die Beschlüsse zur Umsetzung mit diesem Kostenrahmen zuzüglich der Valorisierung und einer 10%igen Kostenobergrenze gefasst.

Die Ausschreibung der Bauleistungen erfolgte in der ersten Jahreshälfte 2010, sodass mit den Bauarbeiten im Juli 2010 begonnen werden konnte. Die Bauzeit betrug 23 Monate. Die Schule konnte im September 2012 den Betrieb aufnehmen.

Die Ausschreibungsergebnisse und die in der Detailplanung umgesetzten Einsparungen ergeben nunmehr eine Abrechnungssumme von € 13,417 Mio. Errichtungskosten (ohne Einrichtung) zuzüglich Finanzierung und Nebenkosten von € 186.000,00.

Der Anteil der Sprengelgemeinden beträgt davon € 4,42 Mio.. Der GAF förderte den Anteil der PTS mit € 2,131 Mio. Somit verbleibt für die Sprengelgemeinden ein Kostenanteil in der Höhe von € 2,290 Mio..

Die Einrichtungskosten für die PTS wurden mit maximal € 1,00 Mio. geschätzt.

Die Einrichtungskosten wurden durch die gemeinsame Planung mit dem Bund und den Einkauf über die BBG letztendlich mit € 380.409,- abgerechnet.

Somit ergeben sich für die Sprengelgemeinden Errichtungs- und Einrichtungskosten in Höhe von € 2,67 Mio..

Für die Stadtgemeinde Oberndorf belaufen sich die Errichtungs- und Einrichtungskosten inklusive dem 40%igen Selbstbehalt der Schulsitzgemeinde auf € 1,344 Mio..

Das Projekt konnte somit um 25 % unterhalb der genehmigten Kostenobergrenze abgerechnet werden.“

Bürgermeister: Es hat sich herausgestellt, dass dies dank einer strengen Finanzierung und sehr engagierten Mitarbeitern im Bauamt gelungen ist. Hier ein offizielles Dankeschön an Dipl.-Ing. Müller und an Dr. Schäffer für die Vertragserstellung, hier gab es einiges an Arbeit. Die Minderung um 25 % gegenüber der genehmigten Kostenobergrenze kam durch die effizienten Verhandlungen mit dem Bund zustande. Der Bund hat sich dafür bei uns bedankt und möchte, dass der BORG-Bau auch wieder so abgewickelt wird und ist davon überzeugt, dass nach dem Architektenwettbewerb die Umsetzungsphase starten wird.

Ich bitte, sich einen Schritt zurückzunehmen und mehr Objektivität walten zu lassen, wenn schon nicht mir als Bürgermeister, dann wenigstens den handelnden Personen im Stadtamt gegenüber. Mein Dank gilt hier nochmals allen Mitarbeitern, denn ohne sie wäre dieses Ergebnis nicht zu erreichen gewesen.

16. Bedarfsfeststellung nach dem Salzburger Kinderbetreuungsgesetz

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz sieht in § 9 (4) vor, dass die Gemeindevertretung auf Antrag von Tagesbetreuungseinrichtungen den Bedarf der Kinderbetreuungseinrichtungen per Bescheid festlegt.

Nunmehr ist seitens der Betreuungseinrichtungen Salzburger Hilfswerk und Tageselternzentrum der Antrag auf Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Jahr 2014 eingebracht worden.

Aufgrund im Stadtamt aufliegender Daten werden Oberndorfer Kinder durch das Salzburger Hilfswerk und das Tageselternzentrum betreut. Auf Basis der bisherigen Erfahrungen, wird analog zu den Beschlüssen der Vorjahre der Bedarf von 7 bis maximal 10 Ganztages-Jahresbetreuungsplätzen vorgeschlagen.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Ausstellung eines Bedarfsbescheides für das Salzburger Hilfswerk und das Zentrum für Tageseltern in Salzburg zu beschließen, wobei der Bedarf jeweils mit 7 bzw. maximal 10 Tageskindern festgehalten wird.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

17. Aufträge, Anschaffungen

E liegen keine vor!

18. Subventionen

1. Veranstaltungen 2014

Folgende Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2014 sind durch die Gemeindevertretung zu beschließen:

- Fahrkartenaktion Lokalbahn (Semesterferien, Osterferien, Sommerferien, Weihnachtsferien von 24.12.2014 - 06.01.2015)
- Fahrkartenaktion Lokalbahn Autofreier Tag (September)
- Schikurs Schiclub Oberndorf
- Gemeinsame Ferienaktion mit der Stadt Laufen
- Sports4Fun
- Straßentheater
- Midnight Sports & Music

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, vorstehende Veranstaltungssubventionen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

2. Vereinssubventionen

Die Unterlagen der Vereine als Grundlage zur Auszahlung des 2. Teilzahlungsbetrages sind ordnungsgemäß eingegangen und durch den Jugend- und Sportausschuss in seiner Sitzung vom 20.11.2013 zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Verein	Vorjahres-Subvention	1. Teilzahlung 40%	2. Teilzahlung 60%
Turnverein	€ 3.000,--	€ 1.200,--	€ 1.800,--
Schiclub	€ 3.250,--	€ 1.300,--	€ 1.950,--
OSK (siehe Anmerkung!)	€ 7.600,--	€ 3.000,--	€ 4.600,--
Tae Kwon Do	€ 1.800,--	€ 700,--	€ 1.100,--
Tischtennisclub	€ 1.100,--	€ 400,--	€ 700,--
Schachclub	€ 500,--	€ 200,--	€ 300,--

Zum OSK wird angemerkt, dass die für die Auszahlung erforderlichen Unterlagen noch nicht eingereicht wurden. Daher wird mit der Überweisung des 2. Teilbetrages bis zu deren Vorlage zugewartet.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, vorstehende Vereinssubventionen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (20 GV anwesend - Stadtrat Danner war nicht im Sitzungszimmer): Werden einstimmig beschlossen.

3. Fotovoltaikförderung

a) Antrag von Stefan Jäger; Matthias-Bayrhammer-Straße 5, auf Gewährung einer Förderung gemäß Richtlinie der Stadtgemeinde auf Basis der Landesförderung in der Höhe von € 650,--.

b) Antrag von Gabriele u. Mag. Andreas Loiperdinger, Bauernweg 3, auf Gewährung einer Förderung gemäß Richtlinie der Stadtgemeinde auf Basis der Landesförderung in der Höhe von € 650,--.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, vorstehende Fotovoltaikförderungen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

4. Sonstige Subventionsansuchen für 2014

- Landwirtschaftlicher Schulverein des Landes Salzburgs
- Naturschutzbund Salzburg (Antrag € 350,00)
- ARGE Bewegung und Sport (Antrag € 0,25 pro Schüler im SJ 2013/14)
- Österreichischer Zivilinvalidenverband-Bezirksgruppe Flachgau
- Salzburger Zivilschutzverband (Antrag € 750,00)

Der Bürgermeister schlägt vor bzw. stellt den **Antrag, in Anlehnung an die bisherige Praxis aufgrund der Richtlinien die vorstehenden Subventionsansuchen abzulehnen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): Vorstehende Subventionsansuchen werden einstimmig abgelehnt.

5. Pfarramt Oberndorf - Unterstützung Kirchenmusik und Neuanschaffung GOTTESLOB

Mit Schreiben vom heutigen Tag ersucht die Pfarre, die Neuanschaffung des Gebet- und Gesangbuches GOTTESLOB mit € 1.000,-- und die Kirchenmusik mit € 600,-- zu unterstützen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, der Pfarre einen Gesamtbetrag von € 1.600,-- zu überweisen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 20 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (GV Dipl.-Ing. Weiner, NOW)

19. Allfälliges

GV Oberer bedankt sich im Namen der Schöffleut-Pass bei der Stadtgemeinde, hier im Besonderen bei Dr. Schäffer, für die reibungslose Abwicklung der Formalitäten im Vorfeld. 3.500,-- Euro können heuer wiederum als Spende an das SPZ vergeben werden.

Bürgermeister Schröder bedankt sich für den Schulerhalter und im Namen der Direktorin für die dadurch möglichen Therapie-Reitstunden für das SPZ. Diese große Veranstaltung wurde mit der bekannten Konsequenz durchgeführt und hat sehr gut funktioniert. Auch die Polizei hat dies bestätigt. Meine Gratulation an den Veranstalter.

GV Dipl.-Ing. Weiner: Sagt jemandem das Projekt „Sperrgebiet Loipferding“ etwas? Entgegen meinen anderen Fraktionskollegen habe ich mich für die Verdichtung ausgesprochen. Doch die Dichte von Menschen braucht ein Naherholungsgebiet. Wir haben die Situation, dass dort die Leute gehen und Rad fahren dürfen. Dabei sieht es aus wie in einem minenverlegten Truppenübungsplatz. Ich ersuche den Bürgermeister, dass er seinen rechtlichen und diplomatischen Einfluss geltend macht, um eine Aufhebung des Geh- und Radfahrverbotes zu erreichen.

Bürgermeister: Ich danke für den Hinweis. Bürgermeister Griebner war bei mir, wir haben den Sachverhalt besprochen. Er ist bemüht, die Agrarbehörde diese Sache rechtlich prüfen zu lassen. Bürgermeister Griebner hat schon die verschiedensten diesbezüglichen Gespräche geführt, denn er ist auch nicht zufrieden mit der Situation.

Mir wurde gesagt, auf den Schildern ist „Durchgang verboten“ durchgestrichen. Es handelt sich natürlich um Naherholungsflächen. Für geförderte Wege gilt eine Widmung. Für mich ist jedenfalls wichtig, dass unsere Naherholungszonen (z. B. Maria Bühel) erhalten bleiben. Wir müssen hier auch über Gemeindegrenzen hinaus denken, wie z. B. nach Göming, Nußdorf (Augebiet) etc..

Es wurde mehrfach niedergeschrieben, dass Oberndorf Zentrumsgemeinde ist und die Umlandgemeinden die Ergänzung dazu bilden. Das hat nicht nur im Sozialbereich sondern auch im Bereich der Raumplanung zu gelten. Daher ist auch der Regionalverband sehr wichtig. Wenn ich zum Beispiel an Nußdorf denke, hier wird es ein Projekt für Naherholung und Naturerlebnis geben.

Hofrat Eggertsberger ist es in diesem Zusammenhang zu verdanken, dass wir den Hochwasserschutz bekommen haben. Er hat auch an den Steg über den Reitbach gedacht, denn der Naturschutz wollte das Erlebnis „Au“ für die Bevölkerung sperren. Es hat dann ein Einlenken und einen Umdenkprozess gegeben.

Oberndorf sollte man sich auf der Karte einmal ansehen. Im Kern ist es verdichtet und rundherum (auch Oberndorf selbst) ist Grün. Man muss über diese Grenzen hinaus denken. In der Raumordnung muss man dort verdichten, wo es die Situation gebietet. Wenn man objektiv ist, sieht man die Verkehrsspitzen, und das ist Durchzugsverkehr in der Früh und am Abend. Diesbezüglich werden wir in der Zukunft unsere Aufgaben erledigen müssen. Doch wir sind aufgerufen, für Oberndorf und seine Bevölkerung Wohnbau zu ermöglichen.

Bürgermeister Schröder wünscht den Anwesenden eine schöne Adventzeit, ruhige Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2014. Er schließt die Sitzung um 21.07 Uhr.

Die Schriftführerin:

gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:

gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 11.12.13

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
2.	Protokolle vom 25.09.2013 u. 23.10.2013		
5.	Jahresvoranschlag 2014		
6.	Jahresvoranschlag 2014 Im- mobilien KG		
7.	Haushaltsbeschluss 2014		
8.	Stellenplan 2014 a) Stadtgemeinde b) Seniorenwohnhäuser c) Krankenhaus		
9.	Mittelfristiger Finanzplan a) Stadtgemeinde b) Immobilien KG		
10.	Verlängerung Kontokor- rentkredit Sparkasse		
11.	Änderung REK i. Bereich „Friedhof“		
12.	Teilabänderung FLWP u. Än- derung/Erweiterung Bebau- ungsplan „Oberndorf-Mitte“		
13.	Aufhebung Bebauungsplan „Kreuzerleiten“		
14.	Behördl. Bausperre „Noppin- ger Braugasthof“		
16.	Bedarfsbescheid nach Sbg. Kinderbetreuungsgesetz		
18.	Subventionen		